



Prüfauftrag zum sozialen Wohnungsbau

Die Verwaltung möge prüfen, in welchen Fällen die Stadt zukünftig wieder in den Besitz von Wohnobjekten kommen kann, um diese selbst vermieten bzw. belegen zu können.

Desweiteren sollen Möglichkeiten und Wege erarbeitet werden, in welcher Form die Stadt in Zukunft darauf hinwirken kann, dass bei der Erschließung neuer Wohngebiete auch Wohnraum für sozial schwächere Gruppen der Gesellschaft entsteht.

Begründung:

Während in den letzten Jahren die Zahl der Asylsuchenden bzw. die der Flüchtlinge stark zurückging werden wir nun wieder mit stetig mehr Menschen zu rechnen haben, die eines Wohnraums bedürfen.

Eine Situation wie zu Beginn des Jahres im Lohlenbachtäle soll für die Zukunft unbedingt vermieden werden. Auch führt die Entwicklung der Mietpreise dazu, dass immer mehr Geringverdiener auf dem "normalen" Wohnungsmarkt nicht mehr zum Zuge kommen.

Für die GABL-Fraktion

Birgit Suckut



Antrag Gleichstellungsbeauftragte

Ab dem 1.1.2014 soll die Stelle einer Gleichstellungsbeauftragten geschaffen werden, Umfang der Stelle 50%.

Begründung

Gleichstellung heißt auch heute noch bestehende Unterschiede im Leben von Männern und Frauen auszugleichen. Aktuell verdienen Frauen in Deutschland immer noch ca. 22% weniger als Männer. Dieser Unterschied in der Bezahlung führt dazu, dass Altersarmut in Westdeutschland weiblich ist.

Frauen in Vorstandsetagen sind immer noch eine exotische Minderheit, wie die Leonberger Zeitung in ihrer Ausgabe vom 4.11.2013 schrieb.

Dass Frauen in der Demokratie ein selbstverständliches Recht auf gleiche Teilhabe im Arbeitsleben, in der Gesellschaft, in der Politik und am Wohlstand haben, ist im Grundgesetz und in EU Richtlinien formuliert.

Um diese Ziele zu erreichen brauchen wir eine Gleichstellungsbeauftragte, die zum einen in die Verwaltung hinein wirkt und zum anderen öffentliche Aufmerksamkeit und Problembewusstsein für die unterschiedlichen frauenpolitischen Arbeitsfelder schafft.

Für die GABL-Fraktion

Margot Schimke



Antrag Jugendbeteiligung

Jugendliche sollen bei kommunalen Prozessen stärker beteiligt werden. Um Beteiligungsformen in Leonberg gemeinsam mit Jugendlichen zu entwickeln, wird die Stelle im Stadtjugendreferat um 25% erhöht.

Begründung:

Jugendliche haben ein Recht auf Beteiligung auf kommunaler Ebene. Aber Jugendbeteiligung muss gefördert und unterstützt werden, das Interesse von Jugendlichen an ihrer Stadt, ihrer Kommune und den Gestaltungsmöglichkeiten muss geweckt werden. Auch in der Gemeindeordnung soll die Jugendbeteiligung stärker verankert werden. Beteiligung kann aber nicht von oben verordnet werden, sondern muss schrittweise z.B. über Beteiligungsprojekte oder offene Jugendforen aufgebaut werden.

Für die Jugendbeteiligung müssen daher Konzepte entwickelt werden um die Jugendbeteiligung in Leonberg gemeinsam mit Jugendlichen weiter zu entwickeln, z.B. über die Durchführung niedrigschwelliger Projekte.

Das geht aber nicht nebenher, sondern bedarf kontinuierlicher Unterstützung und einer Mittlerfunktion zu Verwaltung und Gemeinderat, damit die Anliegen und Vorschläge ernst genommen werden und nicht in der Struktur von Verwaltung und Gemeinderat „versanden“. Das schafft nämlich nur Frust. Daher soll für den Bereich Jugendbeteiligung ein Stellenanteil von 25 % im Stadtjugendreferat neu geschaffen werden.

Für die GABL-Fraktion

Birgit Widmaier



Antrag Radwege:

Die GABL möchte für den Haushalt 2014 die Mittel für Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen im Bereich der Radwege erhöhen. Die Mittel dienen zur zeitnahen Umsetzung des Mobilitätskonzepts (P32/2013).

Die GABL möchte folgende Mittel:

Investition: Erhöhung der Mittel auf 300.000 € (200.000 € sind für den Radweg Römerstraße (Kaufland) schon im Haushalt 2014 eingeplant)

Instandhaltung: Erhöhung der Mittel auf 50.000€

Begründung:

Die Stadt Leonberg ist Mitglied in der AGFK Baden-Württemberg und hat in 2013 ein umfangreiches Mobilitätskonzept, das von den Räten und der Bürgerschaft sehr gelobt wurde, vorgestellt.

Um die dringenden Maßnahmen (Priorität 1) zügig umzusetzen, ist hier eine Erhöhung der Mittel vorzusehen. Weiterhin sind die vorhandenen Radwege im Stadtgebiet zu unterhalten und zu pflegen, um die Attraktivität des Radverkehrs auszubauen, wie es als Ziel im Mobilitätskonzept dargestellt wird.

Finanzierung:

Die Erhöhung der Mittel für Radwege soll durch eine Umverteilung der Ansätze im Unterabschnitt 63 finanziert werden.

Für die GABL-Fraktion

Klaus Wankmüller



Antrag Energieeffizienz:

Das städtische Gesellschafterdarlehen in Höhe von 6 Millionen Euro wird zweckgebunden für den Erwerb regionaler und neuer Energieversorgungsanlagen und Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz eingesetzt.

Begründung:

Leonberg muss aktiver werden im Bereich Energieeinsparung und Klimaschutz. Die Stadtwerke mit Leo-Energie sind nicht nur eine finanzwirtschaftliche Organisationsstruktur. Sie sind vielmehr auch Umsetzungsinstrument für eine nachhaltige Energiewirtschaft. Das muss die Stadt bei ihrem Anteilspartner der EnBW einfordern. Von unserer Seite heißt dies, keine Investitionsmittel aus dem städtischen Haushalt für den Erwerb abgeschriebener Windkraftanlagen. Stattdessen wollen wir in neue, effiziente und regionale Energieerzeugung einsteigen. Wozu auch das vom Landkreis konzipierte Windrad auf der Erddeponie zählt.

Für die GABL-Fraktion

Bernd Murschel